

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ise Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums der Finanzen

Spenden und sonstige Zahlungen von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, an Landtagsfraktionen in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage 2836 vom 31. Januar 2000 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Spenden und/oder Zuwendungen (auch Sachleistungen) bzw. Zahlungen aufgrund welcher Rechtsgeschäfte (einschließlich Gegenleistungen für Veröffentlichungen von Anzeigen) hat es durch Unternehmen, an denen das Land Rheinland-Pfalz unmittelbar beteiligt ist, an welche Landtagsfraktionen, Mandatsträger/innen und Minister/innen in den Jahren 1990 bis 1999 gegeben?
2. Welche Spenden und/oder Zuwendungen (auch Sachleistungen) bzw. Zahlungen aufgrund welcher Rechtsgeschäfte (einschließlich Gegenleistungen für Veröffentlichungen von Anzeigen) hat es durch Unternehmen, an denen das Land Rheinland-Pfalz mittelbar beteiligt ist, an welche Landtagsfraktionen, Mandatsträger/innen und Minister/innen in den Jahren 1990 bis 1999 gegeben?

Das **Ministerium der Finanzen** hat – auf der Grundlage von Umfragen bei den Unternehmen, an denen das Land unmittelbar bzw. mittelbar beteiligt ist, und den Mitgliedern der Landesregierung – die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Februar 2000 wie folgt beantwortet:

Die Landesregierung geht davon aus, dass die im Rahmen der Gremienarbeit geleisteten Aufwandsentschädigungen nicht Gegenstand der Anfrage sind.

Aufgrund des Kontextes der Anfrage versteht die Landesregierung unter Mandatsträgern nur Abgeordnete des rheinland-pfälzischen Landtags.

Des Weiteren werden Verhaltensweisen, die sozialen Gepflogenheiten entsprechen und allgemein üblich sind (z. B. kleine Geschenke zu besonderen Anlässen, Arbeitsessen, Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen oder Ähnliches), nicht erfasst.

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz GmbH hat im Mai 1999 eine Werbeanzeige im „Rheinland-Pfalz“ – Extra der „Demokratischen Gemeinde“ (Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik – Bundes-SGK) für 1 740,- DM veröffentlicht.

Darüber hinaus wird Fehlanzeige erstattet.

Die Saar Ferngas AG hat unter Hinweis auf aktienrechtliche Bestimmungen jegliche Auskunft verweigert.

Gernot Mittler
Staatsminister